

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 481

Mittwoch, 23. März 2011

17. Jahrgang

Gewalt im Alltag eines Auslandskorrespondenten – Eindrücke aus Guatemala

Beklagt worden ist er schon oft. Ein paar Mal hat er auch in Pistolenläufe geschaut. Aber eine Kugel hat ihn noch nie getroffen. Das war Glück. Der Journalist Andreas Boueke erzählt aus seinem Recherchealltag in Guatemala.

Am Sonntag soll ich eine landeskundliche Einführung geben und von meinen Erfahrungen als freier Journalist erzählen. Das Publikum werden zwei Dutzend europäische MitarbeiterInnen der Entwicklungsbank OIKOCREDIT sein. Sie kommen für zehn Tage nach Guatemala und werden mich vermutlich zur Sicherheitslage im Land befragen. In ihrer Reisevorbereitung haben sie bestimmt gelesen, dass Guatemala eine der höchsten Mordraten der Welt hat. In diesem kleinen Land mit 14 Millionen EinwohnerInnen werden im Schnitt 17 Menschen ermordet, jeden Tag. Auf die Frage nach der Statistik werde ich statistisch antworten: "Wenn Sie nicht Mitglied einer Jugendbande werden, sich nicht in den Kreisen der Drogenkartelle bewegen, keine kritischen Berichte über Grosskonzerne, Militärangehörige oder FunktionärInnen veröffentlichen und einigermassen den gesunden Menschenverstand nutzen, dann haben Sie ihr Risiko schon mal extrem vermindert." Zugegeben, Guatemala-Stadt ist ein gefährliches Pflaster, jedenfalls deutlich gefährlicher als meine Heimatstadt Bielefeld. Aber jede Reise birgt ein Risiko, egal wohin. Ich habe den Eindruck dass die Angst der Menschen in Guatemala vor allem von ihrem direkten Wohnumfeld geprägt wird. Hier gibt es Kreise, in denen die Leute so viel Angst haben, dass sie sich überhaupt nicht mehr im Land bewegen. Sie schotten sich ab.

Zwei Welten

Eine alltägliche Situation: Zwei junge deutsche Frauen sitzen nebeneinander im Flugzeug, auf dem Weg nach Guatemala. Sie haben ähnliche Erwartungen, die gleichen Ängste. Sobald sie am Flughafen ankommen, trennen sich ihre Wege. Die eine macht ein Praktikum bei einer deutschen Stiftung oder bei der Botschaft. Sie wird am Flughafen abgeholt, von einem Chauffeur. Der fährt sie in ein Haus hinter hohen Mauern. Ständig ist bewaffnetes Sicherheitspersonal in der Nähe. Die Strassen sind menschenleer. Der Praktikantin wird gesagt, welche Stadtteile weniger gefährlich sind. Die meisten Gegenden soll sie meiden. Bus fahren kommt überhaupt nicht in Frage, Taxi fahren nur im Notfall. Durch das Land reisen soll sie ausschliesslich in männlicher Begleitung. Schnell hat sie sich angesteckt mit der Angst, die hinter den Mauern herrscht. Erst auf ihrem Rückflug nach Deutschland kann sie wieder frei atmen.

Die andere Frau wird nicht abgeholt. Am Flughafen steigt sie in ein Taxi und fährt ins alte Zentrum der Stadt, die Zone 1. Die gilt als besonders gefährlich, aber das sagt ihr niemand. Sie quartiert sich in einem Hotel ein, in dem die Nacht vier Euro kostet. Am nächsten Tag geht sie zu Fuss über die kaputten Bürgersteige, beobachtet eine Gruppe schmutziger Strassenkinder, kauft sich auf dem Markt ein paar exotische Früchte und hat Abends ordentlich Bauchschmerzen. Am nächsten Tag beginnt ihre Freiwilligendienst in einem Kinderprojekt direkt neben der öffentlichen Müllhalde. Dorthin fährt sie mit dem Bus, jeden Tag. Einmal steht ein junger Mann neben ihr an der Bushaltestelle. Plötzlich zieht er ein Messer. Sie kriegt weiche Knie, kramt ihre Geldbörse aus der Hosentasche und händigt sie dem Dieb aus. Er verabschiedet sich freundlich. In diesem Moment erinnert sich die junge Frau an die Angst, die sie im Flugzeug hatte. Aber schon am nächsten Tag ist der Schreck überwunden. Sie bewegt sich wieder frei und zuversichtlich auf ihren Erkundungen durch das ganze Land.

Selbstzensur

Ich selbst habe die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala vor zwanzig Jahren das erste Mal überschritten, allein, mit Rucksack. Keine Ahnung, wie oft ich seitdem beklaut worden bin. Oft. Ich habe auch schon ein paar Mal in Pistolenläufe geschaut. Einmal bin ich weggelaufen. Das war dämlich. Die Schüsse gingen daneben. Das war Glück. Solche Probleme habe ich mir meist selbst eingebrockt. Ich war unvorsichtig. Aber eigentlich fühle ich mich hier sehr sicher. Ab und zu veröffentliche ich kritische Berichte in guatemaltekeischen Medien über Umweltverschmutzung, Korruption, Ausbeutung von Kindern. Einige Male habe ich als Reaktion

Einschüchterungsversuche und Drohungen erhalten, aber wirklich gefährlich war das nie. Anders ist die Situation der Leute, mit denen ich meine Interviews führe. Viele haben keinerlei Schutz. Ein armer Bauer ist ermordet worden, andere mussten auf Grund der Reaktionen auf meine Artikel fliehen. Furchtbare Tragödien. Im Umgang mit Informanten bin ich vorsichtiger geworden. Heute erwähne ich lieber mal einen Namen weniger oder berichte nur über eine grundsätzliche Problematik, anstatt konkrete Situationen zu benennen. Das ist Selbstzensur. Das gefällt mir nicht. Aber es ist mir lieber, als weitere Menschen in Gefahr zu bringen.

Zynismus

Die Siedlung, in der ich lebe, ist nicht von hohen Mauern umgeben. Es gibt hier keine privaten Sicherheitsdienste. Ein Konsul in der deutschen Botschaft hat mir mal gesagt, es sei unverantwortlich von mir, "in einer solchen Gegend" zu wohnen. Aber ich fühle mich wohl hier. Nicht selten finde ich spannende Geschichten direkt vor meiner Haustür. Zweihundert Meter entfernt beginnt ein steiler Abhang, auf dem viele Hütten aus Holz, Müll und Wellblech stehen. Ein klassisches Armenviertel. Beim nächsten tropischen Sturm könnten dort schlafende Kinder von Schlammmassen begraben werden. Extreme Armut, Missbrauch und Rassismus an jeder Strassenecke, ein wahres Rechercheparadies. Ich kenne die Leute, komme schnell in Kontakt mit kinderreichen Familien, Analphabetinnen, Kleinkriminellen. Obwohl "Kleinkriminelle"? In Deutschland würde man wohl sagen "Massenmörder". Auch daran habe ich mich schon fast gewöhnt: dass mir junge Männer erzählen, wie sie mehrere Menschen ermordet haben. Einigen glaube ich, obwohl sie eigentlich nette Jungs zu sein scheinen. Sie argumentieren, sie müssten ihre Familien beschützen, ihrer Mutter Medikamente kaufen oder für die Ehre ihrer Bande einstehen. "Wer würde nicht töten, bevor sie dich töten?" Klingt vernünftig. Bin ich zynisch geworden? Vielleicht ein bisschen. Manchmal erwische ich mich dabei, wie ich Witze mache über Kinderarbeit oder Leichenteile. Aber die GuatemaltekinInnen übertreffen mich bei weitem. Viele sind MeisterInnen des schwarzen Humors. PsychologInnen würden wohl sagen, das ist ein Verteidigungsmechanismus, um harte Eindrücke besser verarbeiten zu können.

Wut

Nicht immer gelingt es mir, einen emotionalen Abstand zu meinen Recherchethemen zu wahren. Vor kurzem war ich auf einem grossen Zuckerrohrfeld, auf dem einige ehemalige ArbeiterInnen der Plantage provisorische Hütten aufgebaut haben. Sie leben mit ihren Kindern in grausiger Armut, hungrig, schutzlos, bedroht von dem neuen Landbesitzer, der sie als "illegale BesetzerInnen" beschimpft. Das sehen die LandarbeiterInnen anders. Viele der Erwachsenen wurden auf diesem Land geboren, die Kinder sowieso. Sie sagen, der reiche Mann aus der Hauptstadt sei der Eindringling. Er hat noch nie mit ihnen gesprochen, schickt aber seine Pistoleros, die schon zwei Mal alle Familien gewaltsam vertrieben haben (siehe Artikel über das Polochic-Tal, die Red.). Solche Recherchen machen mich wütend. Aber wenn ich am Schreibtisch sitze, muss ich mich um Ausgewogenheit und einen gemässigten Ton bemühen. Vor vier Tagen ist die Geschichte über die Landbesetzung in einer guatemaltekischen Zeitung erschienen, eine schöne Doppelseite. Mein Text ist sehr zurückhaltend formuliert, finde ich. Trotzdem hat mir gestern der Redaktionsleiter mitgeteilt, der verärgerte Landbesitzer habe ihn angerufen. Er schimpft, die Veröffentlichung würde sein Geschäft schädigen und drängt auf eine Gegendarstellung. Auf so etwas kann ich nur mit Sarkasmus reagieren: Der Schaden, den die Reportage ihm zugefügt hat, war doch sicher nicht so schlimm wie der Hunger, an dem die Kinder auf der Plantage leiden.

Chuki

Sport ist gut für die Nerven. Ab und zu spiele ich Fussball mit Jungen aus der Siedlung. Über die Jahre sind einige plötzlich verschwunden. Mindestens drei, deren Namen ich kannte, wurden erschossen. Womöglich hatten sie sich einer Bande angeschlossen und waren an Drogengeschäften und Erpressungen beteiligt. Einer der Jungen, der 17jährige Chuki, war gerade Vater geworden. Wir kannten uns gut. Manchmal hat er mein Auto gewaschen. Eines Abends vor drei Jahren war er betrunken, wie so oft. Es kam zu einem Streit. Er zog ein Messer. Der andere hatte eine Pistole. Im nächsten Moment lag Chuki tot in seinem Blut. Viele Leute haben den Streit gesehen. Trotzdem lebt der Mörder bis heute in der Nachbarschaft. In Guatemala wird nicht einmal jeder hundertste Mordfall aufgeklärt. In der Siedlung scheint Chuki heute vergessen zu sein. Seine Freundin hat einen anderen. Mein Auto wasche ich selbst, wenn überhaupt. Die Leute sprechen nicht mehr von ihm. Auf der Strasse ist alles wie immer: quirliges Leben, Dutzende kleiner Läden, Automechaniker, Metzger, Friseursalons, Bäckereien. In jedem zweiten Haus bietet jemand eine Dienstleistung oder etwas zum Verkauf an. Ich bin oft auf der Strasse, auch im Dunkeln. Angst habe ich eigentlich nie. Meine Familie auch nicht.

Angst

Meine Frau ist Guatemaltekin. Ihre Eltern und Geschwister wohnen in der Nähe. In dieser Grossfamilie wird nur selten über Kriminalität gesprochen. Die Atmosphäre ist relativ angstfrei, jedenfalls im Vergleich zu der Stimmung in der Schule meiner beiden Kinder. Wenn wir in Guatemala sind, besuchen sie die Deutsche Schule. Aus meiner Sicht ist das eine privilegierte, elitäre Privatschule, natürlich hinter hohen Mauern und mit bewaffnetem Sicherheitspersonal. Es wird Deutsch unterrichtet und die Lehrbücher sind zum Teil dieselben wie in der Grundschule in Bielefeld. Das ist praktisch.

Unter den gut situierten Eltern und den deutschen LehrerInnen der Schule wird häufig über die Sicherheitslage lamentiert. Kaum ein Gespräch, in dem nicht erwähnt wird, wie eingeschränkt das Leben in Guatemala sei. Manche kennen ihr Land überhaupt nicht, dafür umso besser die Strände der mexikanischen Tourismushochburg Cancún oder Disneyland bei Los Angeles. Sie sind in ihrer eigenen Welt aufgewachsen, abgeschottet von der grossen Mehrheit der Guatemaltekinnen. Das Dorf, aus dem ihr Dienstmädchen stammt, haben sie nie besucht. Um dieses Dorf zu erreichen, müssten sie Stunden lang zu Fuss gehen. Dort gibt es keinen Strom, keinen Arzt und womöglich nicht genug zu Essen. Auch das Dienstmädchen würde nicht auf die Idee kommen, die Familie, deren Wäsche sie wäscht, mal zu sich nach Hause einzuladen. Früher fand ich es spannend, zwischen diesen Welten hin und her zu springen. Heute geht es mir eher auf die Nerven, immer dieselben Klagen privilegierter Menschen über die Sicherheitslage zu hören. Aber es ist nicht leicht, dem Thema auszuweichen. Selbst von RedakteurInnen im fernen Deutschland werde ich immer mal wieder gefragt, "wie ist es eigentlich für Sie, in diesem Land zu leben, aus dem auch Sie immer wieder über Gewalt und Armut berichten?"

Räumungen in Polochic: „Der Präsident erklärt den Krieg“

Guatemala, 19. März. Seit dem 15. dieses Monats wurden verschiedene, teilweise gewaltsame Räumungen im Polochic-Tal im Departement Alta Verapaz vollzogen. Dabei kamen Hunderte von Polizei- und Militäreinheiten zum Einsatz. Die von der RichterIn der Departementshauptstadt Cobán, Margarita Cristina Peyul Yac angeordneten Räumungsaktionen betreffen insgesamt 14 Gemeinden. Seit der ersten solidarisierten sich viele verschiedene Organisationen mit den betroffenen Familien, wie die unzähligen Pressemitteilungen aufzeigen.

Wie kam es dazu ?

Seit Anfang dieses Jahres war ein Verhandlungsprozess im Gange, der die Landkonflikte im Polochic-Tal lösen sollte. Daran nahmen RepräsentantInnen von zwölf der betroffenen Gemeinden teil, VertreterInnen der Firma Chabil Utzaj, die besagtes Land für sich beansprucht, sowie verschiedene öffentliche Institutionen wie das Katasteramt, die Präsidiale Menschenrechtskommission COPREDH, das Sekretariat für Agrarfragen (SAA), das Permanente nationale Dialogforum, der Landfonds FONTIERRA und das Menschenrechtsprokurat (PDH) ebenso wie das Comité de Unidad Campesina (CUC).

Das letzte dieser Treffen fand am Montag, 14. März, statt, ein Tag bevor das Abkommen, eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungsweg zu finden, gebrochen wurde und die Räumungen begangen.

Das Land, um das es dabei geht, wurde von Carlos Widman, einem Familienangehörigen des Ex-Präsidenten Oscar Berger aufgekauft. Dort siedelte sich die Firma Chabil Uzaj an, die ebenfalls Widman gehört und Ölpalmen anpflanzt. Laut der Zeitung *ElPeriodico* kann man deutlich erkennen, dass diese Pläne von der Regierung und auch von der *Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration* unterstützt werden. Es wird auf Agro-Industrie gesetzt und dabei die Lebensmittelproduktion vernachlässigt. Das hängt laut einem Presseschreiben der BäuerInnenorganisation UVOC damit zusammen, dass der private Wirtschaftssektor die Macht im Staat innehat und aus der Räumungspolitik mittlerweile eine kontinuierliche Praxis gemacht hat. Auch wird kritisiert, dass diese Ländereien mit öffentlichen Geldern erworben wurden, weshalb die Besitzansprüche zur Zeit nicht wirklich geregelt sind.

Was genau passierte ... (bis dato)

15. März, 10.15 Uhr: In der Gemeinde Miralvalle treffen 200 Angehörige der Polizei, Armee und der Staatsanwaltschaft ein, ebenso sowie Ricardo Díaz, Leiter der Firma Chabil Utzaj und deren Besitzer Carlos Widman. Man gibt den Gemeindegliedern eine Stunde Zeit, um zu verschwinden, denn das Land sei Privatbesitz. Trotz zweistündiger Verhandlungen endet die Räumung mit der Zerstörung sämtlicher Mais- und Bohnenfelder, die noch an diesem Tag hätten geerntet werden sollen. Schüssen werden abgegeben und Tränengasbomben geworfen. Antonio Beb Ac kommt dabei ums Leben, mehrere Personen werden verletzt, 51 Familien verlieren ihr Zuhause und ihre Ernte.

Zuvor, gegen 8.45 Uhr: Die Gemeinde Agua Caliente wird von einem Aufgebot von etwa hundert Polizisten und Soldaten gewaltsam geräumt. Drei Personen werden verletzt, zwei verhaftet. Die PDH und COPREDEH sind nicht anwesend. Offenbar hat die Staatsanwaltschaft schon seit dem 7. Februar von dem Räumungsbeschluss gewusst, eine Kopie desselben wurde der Gemeinden aber erst am Tag der Räumung überreicht.

16. März, 15.30 Uhr: Ungefähr 500 Angehörige von Polizei und Armee, sowie paramilitärische Elemente (von der Firma Chabil Utzaj angestellte und in Militäruniformen gesteckte Bauern aus den Nachbargemeinden) räumen trotz Verhandlungsversuchen der BewohnerInnen die Gemeinde Quinich. 63 Familien verlieren ihr Zuhause sowie ihre Mais-, Bohnen-, Melonen- und Chilifelder. Angehörigen der *Fundación Guillermo Toriello* und des CUC wird der Zutritt zum Dorf verwehrt.

17. März, 8.15 Uhr: 200 Streitkräfte räumen die Gemeinde Bella Flor. Wieder werden eine beträchtliche Menge an Mais und Bohnen zerstört. Die Familien bekommen eine Stunde Zeit, um ihre Habseligkeiten zusammensuchen. Um 9.30 Uhr wird Manuel Xuc Cucul verhaftet. Gegen 10 Uhr wird dann die Gemeinde Ocho de Agosto geräumt. 11 obdachlose Familien und weitere zerstörte Maisfelder. In diesem Fall handelt es sich allerdings um staatliches Land.

MitarbeiterInnen des CUC, der Toriello-Stiftung und anderer MenschenrechtsverteidigerInnen, die sich für die betroffenen Gemeinden einsetzen, werden bedroht und eingeschüchert. Für die kommenden Tage werden die Räumungen der Gemeinden San Miguelito, Mirador Samahu, Río Frío, Margaritas und Sauce befürchtet.

Welche Folgen?

Die sicher tragischste Konsequenz der Räumungen sind zweifellos die mehreren Verletzte, die Ermordung von Antonio Beb Ac und die zahlreichen Verhaftungen.

Die vertriebenen BewohnerInnen konnten in der kurzen Zeit nur wenige ihrer ohnehin schon spärlichen Habseligkeiten retten. Zu allem Überfluss und um die Endgültigkeit der Räumung klar zu machen, wurden Häuser und Ernten vernichtet. Viele in den letzten Tagen veröffentlichten Presseberichte erinnern anhand dieser Vorgehensweise an die Politik der „tierra arrasada“ während des Bürgerkrieges.

Absurd ist, dass in einem Land, in dem im vergangenen Jahr Menschen an Hunger starben und in dem die Vorräte auch für dieses Jahr nicht ausreichen werden, Grundnahrungsmittel vernichtet werden (siehe Artikel weiter unten).

Des Weiteren sind die Stadtgebiete Panzós, Telemán, La Tinta und El Estor so gut wie militarisiert aufgrund des übermäßigen Einsatzes von Polizei- und Militäreinheiten.

Neben der Terrorisierung der Gemeinden werden ebenso kommunale und lokale Konflikte geschürt, da Bauern aus Nachbargemeinden für die Zerstörung der Häuser und Ernten angeworben wurden.

Eine voraussehbare Folge kann auch die Organisation der noch zu räumenden Gemeinden sein, die nichts zu verlieren haben und also bereit wären, Widerstand zu leisten – was noch mehr Tote und Verletzte bringen könnte.

Wie steht die Regierung dazu ?

Am 17. März veröffentlichte die Regierung einen Pressebericht, der sich explizit für die Räumungen einsetzt, wenn nötig mit Gewalt, und sich gegen die Einwände der sozialen Bewegung stellt:

„Trotz des guten Willens der Regierung und der Durchführung von runden Tischen nutzen verschiedene soziale Organisationen systematisch radikale Mittel wie Strassenblockaden, Besetzung öffentlicher Gebäude, Geiselnahme und weigern sich, eine Einigung zu finden. Durch diese Handlungen wurden die Rechte anderer Guatemaltekinnen aller sozialer und wirtschaftlicher (ach, wirklich?) Schichten gefährdet sowie die Regierbarkeit und die Durchsetzung des Gesetzes. Aufgrund dessen besitzt die guatemaltekische Regierung die legale und moralische Verpflichtung, dieser Welle illegaler Aktionen Einhalt zu gebieten. Deshalb werden folgende Handlung beschlossen:

1. Die unverzügliche Ausführung aller Räumungsanordnungen und die Verhaftung all jener, die illegale Handlungen begehen, mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft und kompetenter RichterInnen.
2. Jeglicher Dialog mit Organisationen, die illegale Handlungen begehen, wird eingefroren.“

Dabei gehe es natürlich nicht darum, „dass legitime Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung einzuschränken, wenn diese sich in der Legalität befinden und nicht die Regierbarkeit gefährden“.

Offene Fragen:

Die Räumung der 14 Gemeinden betreffen etwa 800 Familien – Menschen, die dadurch alles verlieren. Wo werden sie wohnen, was werden sie essen? Hat die Regierung auch dies vorausgeplant?

Gibt es einen Zusammenhang mit dem zweimonatigen Ausnahmezustand, der Ende Februar im Department Alta Verapaz zu Ende ging? Hat das politische Wahlgesehen etwas damit zu tun?

Wird die repressive Antwort der Regierung, welche von BäuerInnenorganisationen stark kritisiert wurde, ein Klima von Gewalt und Konfrontation zwischen Regierung und den ländlichen Gebieten heraufbeschwören?

Welche politischen und wirtschaftlichen Interessen liegen all dem zugrunde?

Sammelklage gegen die Vereinigten Staaten

Washington, 14. März. Auf Sammelklagen spezialisierte US-amerikanische AnwältInnen sind daran, einen Prozess vorzubereiten im Fall der Guatemaltekinnen, die in den Jahren zwischen 1946 bis 1948 für medizinische Versuche missbraucht worden sind, die in Guatemala unter Leitung der USA durchgeführt wurden (siehe ¡Fijáte! 470). Henry Saint Dahl, Vertreter zweier Anwaltsbüros aus den USA, gab bekannt, dass er im Namen von 700 ehemaligen Gefangenen, Soldaten, PatientInnen von Psychiatrischen Spitälern und Waisen vor dem Bundesgericht in Washington eine entsprechende Klage gegen den US-amerikanischen Staat eingereicht habe.

Die Anklage lautet auf Schädigung der Gesundheit von „Versuchspersonen“, die absichtlich mit Geschlechtskrankheiten infiziert wurden, um an ihnen Medikamente zu testen.

Saint Dahl und die eng mit ihm zusammenarbeitenden guatemalteckischen Anwälte Hiram Sosa und Rudy Zúñiga haben Kontakt zu 15 Personen aufgenommen, die Opfer dieser Versuche waren und bereit sind, als Zeuginnen in dem Prozess aufzutreten. Diese Personen haben sich nach Bekanntgabe der Nachricht von diesen Menschenversuchen Anfang Oktober 2010 bei der Menschenrechtsombudsstelle gemeldet. Es handelt sich dabei ausschliesslich um Männer in fortgeschrittenem Alter oder deren Verwandte, alle aus San Agustín Acasaguastlán, einer rund 8000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt im Departement El Progreso, die in den 40er Jahren ihren Militärdienst in der Hauptstadt absolviert haben.

Einer der Kläger, der 85-jährige Manuel Gudiel García, berichtete, er sei während seines Militärdienstes bei der Luftwaffe von US-amerikanischen Ärzten ohne weitere Erklärung dazu gezwungen worden, sich alle 8 Tage Injektionen zu unterziehen. Danach habe er sich jeweils während einigen Tagen sehr schlecht gefühlt.

Die Anwälte versicherten auch, einen Mann kontaktiert zu haben, der zu dieser Zeit als 6-jähriger in einem Waisenhaus lebte und ebenfalls als Versuchskaninchen missbraucht wurde. Als er älter war habe er seine Frau mit Syphilis infiziert, die daraufhin ein Mädchen gebar, das gelähmt zur Welt kam.

Saint Dahl ist ein erfahrener Anwalt in Sachen Sammelklagen. Er hat in ganz Zentralamerika Prozesse gegen Bananenunternehmen geführt und sie für die gesundheitlichen Schäden von Plantagenarbeitern verantwortlich gemacht, die mit dem Pestizid NemaGón arbeiten mussten.

“Diesen Prozess zu eröffnen, erlaubt es uns, Zugang zu den Archiven der US-amerikanischen Regierung über medizinische Versuche zu erlangen. Dies wiederum erleichtert es uns zu beweisen, dass die Fälle, mit denen wir es zu tun haben, real sind. Gleichzeitig ermöglicht es uns, an die Namen weiterer Infizierter zu gelangen,“ erklärte Saint Dahl.

Die Rechtsgrundlage, auf die sich die AnwaltInnen berufen, ist das Alien Tort Statute (Gesetz zur Regelung von ausländischen Ansprüchen) aus dem Jahr 1789, das bereits in anderen ähnlichen Fällen beigezogen wurde, wenn es um Menschenrechtsverletzungen durch die USA an BürgerInnen anderer Länder ging.

Weltweite Aufmerksamkeit erhielt das Gesetz, als in den 1990er Jahren Nachfahren von Holocaust-Opfern und ZwangsarbeiterInnen im deutschen Nationalsozialismus Deutschland und Österreich als Rechtsnachfolger des NS-Regimes sowie deutsche Konzerne vor US-Gerichten verklagten und Schadensersatzsummen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar zugesprochen bekamen, obwohl die Mehrheit der Klagenden nicht in den USA wohnhaft war. In der Nachfolge wurden, immer von US-Anwälten organisiert und initiiert, z.B. Klagen gegen Deutschland durch die Hereros in Namibia (später eingestellt), gegen die Schweiz wegen des von Juden eingezogenen Goldes und gegen deutsche Konzerne wie Daimler-Chrysler wegen der Unterstützung der Apartheid in Südafrika eingereicht (Quelle: Wikipedia).

In diesen ¡Fijáte! bitten wir Euch gleich zweimal um Eure aktive Unterstützung: In einem Fall zum Staudamm in Chixoy, im anderen zur Goldmine Marlin. Zunächst geben wir nochmals aktuelle Infos und verweisen dann die Briefe, die an zuständigen Stellen geschickt werden können.

Noch immer keine Entschädigung für die Opfer des Chixoy-Projekts

Guatemala, 16. März. In einer Presseerklärung des Koordinationskomitees der Gemeinden, die von den Folgen des Wasserkraftwerks Chixoy betroffenen sind (COCAHICH), wird der Regierung mangelnder Wille zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer des Dammbaus vorgeworfen (siehe u.a. ¡Fijáte! 444).

Zur Vorgeschichte

Im Jahre 1975 begann der guatemalteckische Staat mit der Planung des Wasserkraftwerks Chixoy, dessen Bau schliesslich im Jahre 1980 umgesetzt wurde, als die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) eine Finanzierung zusicherten. Seit Baubeginn fanden ernste Menschenrechtsverletzungen gegen die BewohnerInnen der 33 angrenzenden Gemeinden statt. Dazu gehören Drohungen, Einschüchterungen, gewaltsame Vertreibungen und Massaker, die die Grenze zum Genozid erreicht haben.

Im September 2006 begannen Verhandlungen zwischen der guatemalteckischen Regierung, vertreten durch den Vizepräsidenten, und Mitgliedern von COCAHICH, die von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vermittelt und durch die Menschenrechtsombudsstelle (PDH) sowie VertreterInnen des UN-Büros für Menschenrechte, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank beobachtet wurden. Die Regierung hat schliesslich eine Vereinbarung unterschrieben, welche die Reparationen für die Betroffenen vorsieht.

Im Jahre 2009 wurde ein offizieller Bericht über das Leid und die Schäden, die die Gemeinden erlitten haben, veröffentlicht, und Präsident Álvaro Colom anerkannte, dass es ernste Menschenrechtsverletzungen gegeben hatte. Der Bericht diene als Grundlage für die Ausarbeitung eines Reparationsplans.

Im April 2010 wurde ein solcher Plan zwischen der Regierung und COCAHICH vereinbart. Sein Ziel war die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinden, die vom Bau des Wasserkraftwerkes betroffen waren, sowie Reparationszahlungen. Doch bis heute, fast ein Jahr später, hat die Regierung keinerlei Interesse daran gezeigt, das Versprechen einzulösen. Tragischerweise werden die betroffenen Gemeinden einmal mehr zu Opfern degradiert und mit Verachtung behandelt. Sie haben niemals Antwort auf ihre Dutzende von Anfragen erhalten, sich wegen der Reparationen wieder an einen runden Tisch zu setzen. So hatten die 33 betroffenen Gemeinden beschlossen, am vergangenen 17. März um 6 Uhr morgens eine friedliche Demonstration auf der Strasse zum Atlantik, Kilometer 81 (El Rancho, Department El Progreso), durchzuführen. Sie forderten, dass Präsident Álvaro Colom unverzüglich Schritte einleitet, damit die erste Zahlung in Höhe von 200 Mio. Quetzales (=18 Mio. €) noch im Jahre 2011 stattfinden kann. Weitere 150 Mio. Quetzales (= 13,5 Mio. €) sollen bis 2020 jährlich an die Gemeinden gezahlt werden.

Sie verlangen weiter

- dass PDH, das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und die OAS ebenfalls mit der entsprechenden Forderung an die Regierung treten;
- dass internationale und nationale Menschenrechtsgruppen und soziale Bewegungen ihren Kampf für Reparationen unterstützen;
- dass die internationale Gemeinschaft die Situation beobachtet und ihren jeweiligen Regierungen klar macht, dass die guatemaltekische Regierung ihr Volk schikaniert, da sie ihre Zusagen im Rahmen des Reparationsplanes nicht einhält.

Nach einem Bericht der Zeitung *El Periódico* nahmen an der Demonstration mit Strassenblockade etwa 500 Personen teil. *Prensa Libre* berichtete, dass die Regierung Gespräche für den 23. März angesetzt habe. Grund genug, weiterhin Druck auszuüben.

Die Briefe können auf folgender Webseite unterzeichnet und abgeschickt werden:
http://salsa.democracyinaction.org/o/2690/p/dia/action/public/?action_KEY=6131

San Marcos: Kriminalisierungsversuche gegen nationale und internationale Menschenrechtsgruppen

Stockholm, 15. März. Der Versöhnungsbund Schweden (SWEFOR) ruft Solidaritätsgruppen zur Unterstützung eines Protestbriefes an Präsident Colom, den guatemaltekischen Aussenminister sowie an die deutsche, österreichische oder Schweizer Botschaft in Guatemala oder die guatemaltekischen Botschaften in den drei Ländern auf. Bitte schreibt als Organisation (nicht als Einzelperson) an die entsprechenden Stellen. Es geht um neuerliche Verhaftungen, Drohungen und andere Menschenrechtsverletzungen gegen protestierende BewohnerInnen in der Nähe der Mine Marlin der Goldcorp Ltd.

Vorgeschichte

Am 28. Februar kam es zu einer kurzzeitigen Strassenblockade von Mitgliedern der *Front der BewohnerInnen von San Miguel gegen den Minenabbau* (Fredemi) und der *Vereinigung für die integrale Entwicklung von San Miguel* Ixtahuacán (Adismi), angeführt von Miguel Bamaca, Aniceto López und Alberta López. Nach übereinstimmenden Berichten von Menschenrechtsorganisationen, u.a. von Amnesty International, wurden die AnführerInnen des friedlichen Protests geschlagen, beraubt, willkürlich festgehalten und bedroht. Internationale BegleiterInnen der vier Organisationen „Red de Solidaridad con el Pueblo de Guatemala“, „Collectif Guatemala“, „Breaking the Silence“ und „Rights Action“ waren vor Ort, um die schon häufiger bedrohten AktivistInnen zu begleiten und zu beschützen.

In einer Pressemitteilung hat nun Goldcorp erstens die Menschenrechtsverletzungen gegen die DemonstrantInnen entschieden bestritten und zum anderen den internationalen Organisationen vorgeworfen, willentlich den Konflikt anheizen zu wollen. Die beteiligten Organisationen sehen darin eine Diffamierung und den Versuch einer Kriminalisierung ihrer anerkannten Menschenrechtsarbeit. Dies bestätigt auch Claudia Samayoa von der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA), die erklärte: "Die internationalen Organisationen, die MenschenrechtsaktivistInnen begleiten, sind lebensnotwendig für deren Menschenrechtsarbeit, da sie uns nicht nur in Zeiten grosser Gefahr begleiten, sondern auch, weil sie ZeugInnen sind der Gewalt, die wir erleben müssen. ZeugInnen zu sein, ist nicht leicht, manchmal toleriert die Macht das nicht und versucht, sie zum Schweigen zu bringen und sie zu delegitimieren. Aber die Wahrheit kommt immer ans Licht, und heute wie in der Vergangenheit wird die Begleitung durch die internationalen Organisationen einen wichtigen Beitrag leisten, um die Wahrheit auszusprechen und zu schützen."

Die Organisationen bitten die guatemaltekische Regierung, die Pflichten zu erfüllen, die der Pakt über die Bürgerlichen und Politischen Rechte und die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ihnen

aufzulegen, und sicherzustellen, dass die VerteidigerInnen der Menschenrechte im Land ihrer Aufgaben nachgehen können, ohne Restriktionen und Repressalien erleiden zu müssen. Zugleich bitten sie die internationale Gemeinschaft, die Situation der Menschenrechte in Guatemala zu beobachten, insbesondere in den Gemeinden Sipakapa und San Miguel Ixtahuacán, wo sich die Mine Marlin befindet. Sie bitten zudem, dass die internationale Gemeinschaft den guatemalteckischen Staat auffordert, seine Pflicht zu erfüllen, die MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen.

Die Adressen, an den ein Brief zu richten ist, kann unter folgender Webseite heruntergeladen werden: http://www.amnesty.ca/iwriteforjustice/take_action.php?actionid=663

Sandra for President!?

Guatemala, 15. März. Jetzt ist es offiziell: Sandra Torres will Nachfolgerin ihres Mannes und erste Präsidentin Guatemalas werden. Im Stadtteil Carolingia, Zone 6 von Mixco, fand am 8. März ein Event statt, in dem die Präsidentengattin ihre offizielle Bereitschaft verkündete, für die Präsidentschaft zu kandidieren." An die Bedürftigen und Marginalisierten: dies ist Eure Kampagne, dies ist Euer Kampf, dies ist Eure Hoffnung vereint sind wir mehr", rief Sandra Torres am Anfang ihrer Rede aus. Die Ankündigung war der Beginn einer Reihe von Veranstaltungen von SympathisantInnen und des Wahlkampfes der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE). Sie kam für die Opposition wenig überraschend, da diese Idee bereits seit Amtsantritt der Regierung Colom vorbereitet worden ist. Auch wenn sie wünsche, ein einheitliches Land zu regieren, benannte Torres während ihrer Rede die Unterschiede "eines wohlhabenden Guatemalas und eines vernachlässigten Guatemalas, eines städtischen Guatemalas und eines ländlichen Guatemalas"; Unterschiede, die ihr Ehemann Álvaro Colom seit drei Jahre einzureissen versuche. Sie zählte einige Sozialprogramme auf, "die die Opposition niemals unterstützte. Niemals stimmten sie den solidarischen Warenkörben von ‚Mi familia progresa‘ zu, den offenen Schulen oder den Suppenküchen. Aus welchen Gründen auch immer, sie waren dagegen, immer torpedierten sie diese Programme und diffamierten sie. Nun ist Wahlkampf und sie erinnern sich daran, dass es im Land arme Stadtviertel gibt, für die sie niemals etwas getan haben," fügte sie hinzu.

Am 13. März beantragte Adela Torrebiarte, Generalsekretärin der Partei *Aktion für die nationale Entwicklung* (ADN) und ehemalige Innenministerin unter Präsident Oscar Berger, eine einstweilige Verfügung beim Verfassungsgericht, um zu verhindern, dass das Höchste Wahltribunal (TSE) Torres als Präsidentschaftskandidatin bestätigt, und dass es zudem den Präsidenten anweist, keine Erklärungen abzugeben, die eine Kandidatur seiner Frau unterstützt. Durch die einstweilige Verfügung wird zugleich zu erreichen versucht, dass die TSE niemanden zur Wahl zulässt, dem oder der die Artikel 140, 149, 186, 187 und 281 der Verfassung verbietet, als PräsidentIn oder VizepräsidentIn zu kandidieren.

Am 19. März lehnte das Verfassungsgericht die provisorische Verfügung ab – genauere Details bzw. eine Stellungnahme von Adela Torrebiarte über mögliche weitere juristische Schritte ihrerseits stehen noch aus.

Nineth und die Protestanten von VIVA

Guatemala, 15. März. Nineth Montenegro, Kongressabgeordnete und Vorsitzende von *Encuentro por Guatemala* (EG), hat sich mit der Partei VIVA (Vision mit Werten) des evangelikalen Theologen Harold Caballeros zusammengetan. Nach der offiziellen Verkündigung am 6. März gab es eine Woche später die ersten gemeinsamen Wahlkampfauftritte in Amatitlán, San Jose Pinula, Mixco und in den Zonen 7 und 21 der Hauptstadt. In der *Prensa Libre* wurde Caballeros mit den Worten zitiert, dass die ethischen Werte von EG und VIVA übereinstimmen, so dass nun die 22.000 VIVA-Mitglieder und die 19.000 EG-Mitglieder zusammenarbeiten werden, vermutlich über die Wahlen hinaus. Gleichwohl scheint es noch keine Annäherung bei der Frage gemeinsamer lokaler KandidatInnen zu geben. Während der ersten Wahlkampftour erklärte Nineth Montenegro: "Ein wirklicher Wechsel ist möglich, wenn wir uns vereinen. Wir können eine echte Alternative für einen Wandel sein, ich bin da sehr zuversichtlich. Bei der Arbeit im Kongress habe ich mit Sorge beobachtet, dass die Politik sich verliert. Als Partei haben wir dafür gekämpft, uns die Räume zu öffnen und zuvor nicht engagierten jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, teilzuhaben." Caballeros seinerseits sagte: „Als Bürger ist es unsere Aufgabe, eine Regierung zu wählen, die eint oder aber eine, die spaltet und die Konflikte verschärft. Es ist ein einfaches Zahlenspiel: Entweder wir bündeln unsere Kräfte und multiplizieren sie, oder wir spalten uns und verlieren an Macht und verschenken damit viele Möglichkeiten für Guatemala. Wir sind hier, weil wir glauben, dass wir vereint unsere Erfolge mehren." Während der Wahlkampftour begrüßten ihre AnhängerInnen die beiden GeneralsekretärInnen mit Ovationen und unterstützen die Allianz der beiden Parteien.

Mit wem paktiert aber die Menschenrechtsaktivistin Nineth Montenegro? Was ist das für eine Kirche, die das Fundament von VIVA bildet? Die Kirche El Shaddai ist eine neopfingstliche Kirche aus den USA. Sie ist zwar nicht die mitgliederstärkste, aber gemeinsam mit El Verbo (der Rios Montt angehört) die politisch einflussreichste. Zu El Shaddai gehörte der Ex-Präsident Jorge Elias Serrano (1991-93), der nach seinem

missglückten Putsch 1993 nach Panama ins Exil gegangen ist. El Shaddai ist eine Kirche der weissen Ober- und Mittelschicht und vertritt eine indigenafeindliche Vorstellung von Seelenministration oder okkulten Belastungen. Den indigenen Völkern Guatemalas (sowie den Inkas, Azteken etc.) wird vorgeworfen, Dinge getan zu haben, die gegen Gottes Willen seien, deshalb müsse dieses Denken gebrochen werden. So werden Indigene, die ihre Maya-Kultur leben, zu Teufeln und Dämonen, die es auszutreiben gilt. Diese Haltung wird als geistige oder territoriale Kriegsführung bezeichnet. Auf der politischen Ebene bedeutet das, dass Armut, Korruption und Gewalt auf diese Dämonen der Vorfahren zurückgeführt werden und nicht auf soziale Ungleichheiten. Es handelt sich für die Angehörigen der weissen Oberschicht um eine Bestätigung und Legitimierung und ideologischen Konsolidierung ihrer elitären Haltung. El Shaddai, die ebenfalls diese Grundhaltung vertritt, verfügt über einen eigenen Fernsehkanal. Ein „Apostel“ dieser Kirche ist Haroldo Caballeros, der Parteichef von VIVA. Die Partei ist vollkommen auf Caballeros ausgerichtet. Auf der Homepage finden sich unter den weiteren Parteiobersten auffällig viele deutscher Abstammung.

VIVA gibt sich demokratisch und spricht viel von Bürgerbeteiligung und Transparenz, Werte, die Nineth Montenegro bisher glaubwürdig verkörpert hat. Zugleich spricht VIVA von einer sozialen Marktwirtschaft. Allerdings soll der Staat sich – so heisst es am Ende ihrer wirtschaftlichen Grundsätze – aus der Wirtschaft heraus halten. Auch hier wird es Übereinstimmungen mit Nineth Montenegro geben, die sich in den letzten Jahren immer mehr von „linker“ Politik losgesagt hat. Ist es, so ist vorsichtig zu fragen, möglich, dass eine engere Zusammenarbeit mit indigenen Organisationen wie WINAQ an solchen ideologischen Gegensätzen gescheitert sind? Vielleicht nicht. Dennoch hat Montenegro sich nun einer Sektenpartei genähert, deren Ideologie zu dem beigetragen hat, was Nineth Montenegro in die Politik geführt hat: die Menschenrechtsverletzungen der Militärs und der Kampf gegen die indigene Bevölkerung.

Hungertote in Guatemala

Guatemala Stadt, im März. Wir haben bereits in ¡Fijáte! 476 darüber berichtet: Hunger in Guatemala. Nun hat das Menschenrechtsprokurat (PDH) neue, noch erschreckendere Daten veröffentlicht: Die Zahl der Todesfälle, die mit Hunger zu tun haben, stieg 2010 auf 6.575. Es gab zudem 14.952 Fälle von akuter Unterernährung. In dem Bericht über die unsichere Nahrungsmittellage wird die Regierung von Álvaro Colom aufgefordert, den Nahrungsmittelnotstand auszurufen. In dem Bericht "Der Hungertod ist ein Verbrechen" informiert die PDH darüber, dass die ärmsten Familien des Landes an saisonalem Hunger litten, der bis dato zwischen April und August auftrat, nun aber bereits im Februar 2010 begann. Zudem berichtete die PDH, dass 808.137 Kinder unter fünf Jahren von chronischer Unterernährung betroffen seien, und warf der derzeitigen Verwaltung vor, dieses Problem vernachlässigt zu haben, da die Strategie zur Reduzierung der chronischen Unterernährung nicht mehr weiterverfolgt werden würde. Der Ombudsmann für Menschenrechte Sergio Morales betonte, dass damit das Menschenrecht auf Nahrung und Leben verletzt werde. Es erfülle ihn mit Sorge, dass die *Nationale Kommission für Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung* (CONASAN) seiner Aufgabe nicht nachkomme, eine nationale Politik der Nahrungsmittelsicherheit voranzubringen, und dass in der Regierung die Doppelzüngigkeit zwischen Reden und Tun bestehe, die auf lange Sicht effiziente Massnahmen verhindere, um den Hungertod zu bekämpfen. Laut UN-Organisationen wie die FAO wurde Guatemala durch Naturereignisse betroffen, von denen einige mit dem Klimawandel zu tun hatten und die vor allem zu Verlusten bei armen Familien geführt haben. Für 2011 sagte die FAO eine Steigerung der Maisproduktion voraus, nachdem diese im Oktober 2010 gesunken war, daher vermutet Morales, dass die Situation im Jahre 2011 ähnlich schwierig sein werde, vor allem in den nördlichen und westlichen Regionen des Landes, da viele Familien keinerlei Nahrungsmittelreserven hätten.

Híjole, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Helden

Die Nachricht der Agentur *Efe* ist berührend: "Man nennt sie schon die Helden von Fukushima. Gemeint sind damit die 180 Männer, jeweils 50 in einem Turnus, die im Atomkraftwerk Fukushima unter Lebensgefahr versuchen, die Leben der Mitmenschen zu retten und sich dabei hoher radioaktiver Strahlung aussetzen. (...) Die Mehrheit von ihnen ist pensioniert oder steht kurz davor. Diese Arbeiter haben einen grossen Teil ihrer Lebenszeit bereits hinter sich, weshalb bei ihnen die Gefahr von Krebserkrankungen aufgrund der Verstrahlung nicht so gross ist, denn diese Krankheiten entwickeln sich relativ langsam" (Prensa Libre, 18/03/11, Seite 43).

Wie wunderbar, dachte ich mir. Zum ersten Mal können wir, die wegen unserem fortgeschrittenen Alter beim Arbeitsamt keine Chance mehr haben, etwas Nützliches fürs System tun! Begreifen Sie? Das ist doch wunderbar!

Welch andere Katastrophen braucht es, damit die MigrantInnen, die Indígenas, die Frauen, die Alten, die Kranken, die Armen, die hungernde Mehrheit dieses Planeten und auch die PalästinenserInnen und alle Völker

Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überraschend zu HeldInnen erklärt werden, weil sie als unersetzbar für das menschliche Leben dieses Planeten anerkannt werden?
(Im Vertrauen und Geheimen habe ich die Hoffnung, dass dieser Tag kommen wird, auch wenn ich noch nicht weiss, wann.)

Wie viele japanische Brüder und Schwestern teilen diese Gedanken, während sie mit japanischem Stoizismus dagegen ankämpfen, dass die Verzweiflung ihre Leben nicht vergiftet, während die „alten“ Helden ihr Leben opfern, um das radioaktive Gift aufzuhalten und die Nuklearreaktoren zu kühlen?

Doch dieser Tag liegt in weiter Ferne, noch leben wir in Zeiten der Habsucht und des Ausschlusses. Wie der Präsident der Versammlung der Vereinten Nationen Miguel D'Escoto mutig schreibt: „Auf unserem kleinen Planeten sind die natürlichen Ressourcen unvermeidbar begrenzt, und eine egoistische und gierige Minderheit versucht mittels Krieg, Aggression und Besetzung diese Ressourcen für sich zu besitzen und verwendet sie in einer verantwortungslosen Weise, welche die am meisten Verletzbaren und die Mutter Erde schädigt. Diese Aggressionskriege und Besetzungen werden von den Vereinigten Staaten, den europäischen und anderen Ländern der sogenannten ersten Welt angeführt und richten sich gegen den Rest der BewohnerInnen dieser Erde, gegen jene, die man als untergeordnet und ohne Recht auf Frieden und ein würdevolles Leben betrachtet ...“ Und er fügt an: „Wenn wir bedenken, dass die erste Welt, obwohl sie sich als gläubig bezeichnet, rassistisch ist, Hass gegen den Islam sät und laufend neue Vorwände erfindet, um irgendwo einzumarschieren, den Moslems Delikte anhängt, die sie nicht begangen haben, dann können wir nicht leugnen, dass die vermeintlich christliche Welt hauptverantwortlich für dieses böswillige und beschämende Panorama ist, wo Zweischneidigkeit und Scheinheiligkeit die Norm sind, um andere zu verurteilen.“

Scheinheilig sind auch die Grossmächte im UNO-Sicherheitsrat, die sich beeilen, im Öl-Land Libyen zu intervenieren, während sie wegschauen, wenn der künstliche Staat namens Israel – drittgrösste Nuklearmacht der Welt und Wachhund des westlichen Imperialismus, um das arabische Petrol zu kontrollieren – seit den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts das palästinensische Volk unterdrückt, invadiert, vertreibt und massakriert. Ist es das libysche Volk oder das Öl, das die Solidarität der Herren im Sicherheitsrat weckt? Gibt es in diesem Rat denn nichts über die US-amerikanischen Drohnen zu sagen, die in Afghanistan gegen die Zivilbevölkerung, inklusive Kinder, eingesetzt werden?

Scheinheiligkeit in hoher Dosis wird *Herrscher* Obama anwenden müssen, wenn er anlässlich seiner nächsten Reise nach El Salvador, wie geplant, Monseñor Romero die Ehre erweist – umgebracht von den Schergen der USA in unserem Nachbarland –, weil Romero „für viele Menschen in den Amerikas als Held gilt“. (Schaut bloss, zu welch dramatischen Farcen der *Herrscher* greifen muss, um sich die Loyalität unserer Länder zu sichern, die langsam aufmüpfig werden!)

Helden. Auch unsere Oligarchie hängt Werbepлакate auf, auf denen sie dunkelhäutige, einfache Bauernkinder – nicht vergessen, wir sind in einem Wahljahr! – zu Helden erklärt, während sie Tausende von bewaffneten Soldaten und Polizisten losschickt, um Kekchié-Bauernfamilien zu räumen und zu vertreiben, die nichts anderes wollen als ein Stück Land, um Mais anzubauen, und die dagegen protestieren, dass Finca-BesitzerInnen ihr Land invadieren, um darauf Zuckerrohr oder Ölpalmen für die Ethanolgewinnung zu pflanzen. Diese Bauern und BäuerInnen nennt niemand HeldInnen, weder die Oligarchie noch die Regierung, sondern es werden ihre Häuser niedergebrannt und ihre Pflanzungen ausgerissen. Und Antonio Bed Ac (ein weiterer Held!) mit seinem von einer Kugel zerrissenen Schädel liegt leuchtend auf der heiligen Erde.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-